



Nach den studentischen Wahlen:

Das solidarische Wirken für Demokratie und soziale Wohlfahrt bedarf eines linken AStAs.

„Viele zweifeln am Wettbewerb, der unser Dasein bestimmt. Er beginnt spätestens in der Schule und begleitet uns – nicht nur im Berufsleben oder im Unternehmen, sondern auch im Sport, in Kunst und Kultur. [...] Es ist anstrengend, sich permanent mit anderen messen zu müssen. Und wenn wir uns immer wieder neu behaupten müssen, können wir auch immer wieder scheitern.[...] Das [Zweifeln] ist menschlich verständlich, aber es lohnt, zu erklären, was Wettbewerb vor allem ist [...]: nämlich eine öffnende Kraft. Er bricht althergebrachte Privilegien und zementierte Machtstrukturen auf und bietet dadurch Raum für mehr Teilhabe und Mitwirkung.“

Rede des Bundespräsidenten Joachim Gauck zur Verteidigung des Neoliberalismus bei der Festveranstaltung des Walter Eucken Instituts am 16. Januar 2014.

Der Neoliberalismus liegt nicht im Trend: „Mehr Teilhabe und Mitwirkung“ oder gar das Aufbrechen „zementierte[r] Machtstrukturen“ hat er nicht gebracht, sondern Hartz IV, Studiengebühren, Privatisierungen und Sozialabbau sowie eine noch höhere Konzentration des Geldes und entsprechender „Machtstrukturen“ in wenigen Händen. Der bundespräsidiale Prediger von Egoismus und Ungleichheit versucht nun die „Freiheit“ des Kapitals, ungehindert rum zu wildern, zu retten. Für die große Mehrheit ist aber erkennbar: Erforderlich für die Mehrung menschlicher Wohlfahrt ist eine soziale Erneuerung der Demokratie und eine solidarische statt konkurrenzgetriebene Entwicklung der Gesellschaft.

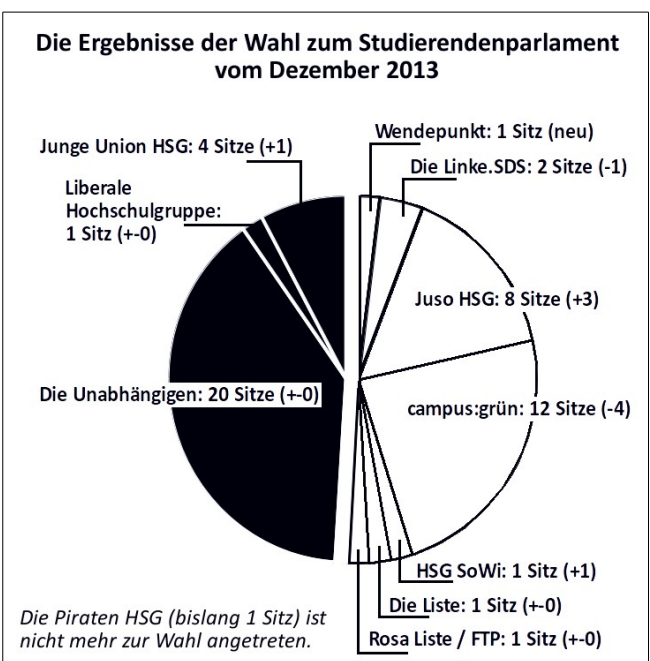
Dieses positive Änderungserfordernis ist auch bei den studentischen Wahlen im Dezember zum Ausdruck gekommen. Die größte Veränderung ist die deutliche Stimmverschiebung vom liberalen Spektrum hin zum sozialen. Die Juso Hochschulgruppe konnte mit zwar bescheidenen sozialen Ambitionen, aber einem Bachelor-kritischen Wahlkampf einen Zuwachs von 5 auf nun 8 Sitze erreichen (An diesem wird ihr Engagement im nächsten Jahr zu messen sein: Für eine grundlegende Studienreform braucht es studentische Bewegung statt Stellvertreterpolitik). Die Linke.SDS bekommt 2 Sitze und wir als linke, friedensbewegte Opposition in der Sozialdemokratie

kommen mit einem Sitz ins Studierendenparlament.

Verluste sind auf linksliberaler Seite zu verzeichnen, weil der Liberalismus in der Krise steckt: Individualismus und „Selbstbestimmung“ sind noch keine Solidarität und keine Gegenkonzeption zum Gauck'schen Wettbewerbszwang. Die Piraten Hochschulgruppe ist nicht mehr angetreten und campus:grün verliert 1/4 ihrer Sitze (von 16 auf 12 Sitze).

Das Wahlergebnis auf linker Seite – jenseits der markt- und marketingorientierten Listen

Bitte wenden →



„Die Unabhängigen“ (20 Sitze), Junger Union Hochschulgruppe (4 Sitze) und Liberaler Hochschulgruppe (1 Sitz) – macht eine Mehrheit für einen linken AStA von campus:grün, der Juso Hochschulgruppe, Die Linke.SDS, der HSG SoWi und uns möglich, unter Einbeziehung „Der Liste“ (1 Sitz) und der „Rosa Liste / Freien Tanten Partei“ (1 Sitz).

Mit den Wahlen und dem studentischen Engagement der letzten Jahre sind Möglichkeiten und Maßstäbe für studentische Interessenvertretung gesetzt. Gesellschaftliche Opposition wirkt. Nach der Abschaffung der Studiengebühren steht an, mit der gesamten neoliberalen Deformierung der Hochschulen auszuräumen. Beim Studienreformatag im letzten Semester sind kritische Mündigkeit und kooperatives Lernen statt stumpfsinniger Paukerei für den Arbeitsmarkt als Maßstäbe für die Ziele des Studiums entwickelt worden, die Realisierung einer entsprechenden Studienreform steht an. Das Engagement gegen die Verzweckung der Hochschulen für Kriegsforschung und die großen Geschäfte sowie für humane und zivile Wissenschaft hat Grundlagen für eine Reform des aktuell in NRW geltenden, marktorientierten Hochschul„freiheits“gesetzes gelegt: Im aktuellen Reformentwurf des NRW-Wissenschaftsministeriums heißt es, die Wissenschaft soll „*friedlichen Zielen verpflichtet*“ sein; jedoch werden die Voraussetzungen für allgemeinwohlorientierte Bildung

und Wissenschaft mit diesem Gesetzentwurf bisher nicht geschaffen. Für eine wirklich demokratische, zivile und soziale Entwicklung der Hochschulen (und der Gesellschaft) braucht es weiterhin studentische Bewegung und Opposition zu den Apologeten des Marktes und zu der mit der „Schuldenbremse“ (real: Wohlfahrtsbremse) legitimierten Kürzungspolitik. Eine Fortführung der bisherigen entpolitizierenden AStA-Koalition der Unabhängigen u. a. mit den Jusos, welche den Arbeitskreis Zivilklausel finanziell gegängelt und die Ergebnisse des Studienreformatags vom 6. Juni 2013 noch immer nicht publiziert hat, wäre für eine solche Wende hinderlich und daher grob fahrlässig.

Der AStA und das Studierendenparlament stehen in der Verantwortung, diese Verbesserungen initiativ voranzutreiben und die gesamte Studierendenschaft zu ermuntern, dafür politisch einzugreifen. Die erste Sitzung des Studierendenparlaments, auf der möglicherweise ein/e neue/r AStA-Vorsitzende/r gewählt wird, findet am Dienstag, den 21. Januar, um 20:00 Uhr in Hörsaal II im Hauptgebäude statt. Wir haben zudem einen Antrag für eine Stellungnahme des Studierendenparlaments zum Entwurf der Landesregierung zur Hochschulreform eingebracht. Die Sitzungen des Studierendenparlaments sind öffentlich. Die Involvierung der Studierendenschaft ist förderlich für das Gelingen von Verbesserungen.

„Wir haben die Lande vermessen, die Naturkräfte gewogen, die Mittel der Industrie berechnet, und siehe, wir haben ausgefunden: daß diese Erde groß genug ist; daß sie jedem hinlänglich Raum bietet, die Hütte seines Glückes darauf zu bauen; daß diese Erde uns alle anständig ernähren kann [...]; und daß wir nicht nötig haben, die größere und ärmere Klasse an den Himmel zu verweisen.“

Heinrich Heine, „Die romantische Schule / Drittes Buch“, 1835.

Wer wir sind:

Im Wendepunkt arbeiten linke SozialdemokratInnen und weitere Aktive für Frieden, soziale Progression, sinnvolle Arbeit, Bildung, Kultur und Gesundheit für alle statt der Politik der Schuldenbremse und der Übelverwaltung des Kapitalismus. Wir wirken dafür auch in der SPD und stehen in der Tradition der Opposition gegen die Kriegspolitik von Rot-grün in Afghanistan und anderswo sowie gegen die Politik der Agenda 2010.

Wir arbeiten in der Friedensbewegung und im Arbeitskreis Zivilklausel an der Uni in Gegnerschaft zu den imperialistisch motivierten „humanitären“ Kriegen für eine friedliche und zivile Entwicklung weltweit; wir wirken als studentische Bewegung und in der akademischen Selbstverwaltung für eine Bildung und Wissenschaft, die zu einer solidarischen und humanen Entwicklung der Welt statt zu Wettbewerbsvorteilen für die große Industrie und Banken beitragen und für ein entsprechend kritisches, kooperatives Studium statt dem vereinzelnden, arbeitgeberkonformen Pauken.

Politisches Engagement verstehen wir als persönliche, eingreifende, solidarische, lern- und entwicklungsorientierte Angelegenheit.

Wir treffen uns jeden Dienstag um 19:30 Uhr im Café Sandspur der Evangelischen Studierendengemeinde Köln, Bachemerstraße 27.

www.wendepunkt.uni-koeln.de

jungesozialisten@yahoo.de